

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

14. September 1949

Blatt 1066

Englische Gewerkschafter im Rathaus

=====

Fünfzehn englische Gewerkschafter, die auf eine Woche nach Wien gekommen sind, um enge Fühlung mit Wiener Gewerkschaftskollegen zu nehmen und die Einrichtungen der Stadt zu besichtigen, wurden heute vormittag von Bürgermeister Dr. h. c. Körner und Vizebürgermeister Honay im Rathaus empfangen. Im Anschluß daran besichtigten die englischen Gäste in den Städtischen Sammlungen die Karl Seitz- und die Johann Strauß-Ausstellung.

Freie Arztstellen in Wiener Krankenanstalten

=====

Das Anstaltenamt schreibt wieder freie Stellen in zwei städtischen Krankenanstalten aus.

Im Kaiser Franz Josef-Spital der Stadt Wien wird eine Assistentenstelle an der geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung neu besetzt.

Im Wilhelminenspital der Stadt Wien wird eine Assistentenstelle an der I. medizinischen Abteilung vergeben.

Bewerbungsgesuche sind bei der Magistratsabteilung 17, Wien I., Gonzagasse 23, einzubringen, die auch die näheren Auskünfte erteilt.

Keine neuen Darmerkrankungen in der Leopoldstadt

=====

Wie das Gesundheitsamt der Stadt Wien mitteilt, haben sich in dem Gebiet zwischen Taborstraße und Obere und Untere Augartenstraße mit Ausnahme eines einzigen Falles keine neuen Darminfektionserkrankungen ergeben. Die Nachforschungen nach dem Seuchenherd sind noch nicht abgeschlossen.

Der 50.000 Drehstrommotor bei Siemens-Schuckert
=====

In den Siemens-Schuckert-Werken in der Engerthstrasse wurde heute anlässlich der Fertigstellung des 50.000sten Drehstrommotors seit dem Wiederaufbau des Werkes eine Betriebsfeier veranstaltet. Damit verbunden war die Eröffnung einer Leistungsschau.

An der Feier beteiligten sich die Minister Maisel und Dr. Migsch, Staatssekretär Mantler, Bürgermeister Dr. h. c. Körner, Minister a. D. Dr. h. c. Heinl, mehrere Nationalräte und zahlreiche Vertreter der Wirtschaft und der Kammern. In einer grossen Werks-halle, in der der 50.000ste Motor aufgestellt war, hatte sich ein grosser Teil der Belegschaft versammelt. Nach der Begrüssung durch den Betriebsrat hielten die Direktoren Tupy und Dr. Ing. Kocourek die Festreden.

Unter grossem Beifall ergriff dann Bürgermeister Dr. h. c. Körner das Wort. Er dankte der Arbeiter- und Angestelltenschaft dafür, dass sie nach diesem Krieg, in einer Zeit, in der man nicht von Lohn sprechen konnte und die schlechtesten Lebensbedingungen herrschten, ohne lange zu fragen angepackt haben, um das Leben in der Stadt wieder in Bewegung zu setzen. Der Bürgermeister würdigte dann mit Genugtuung die bewundernswerte Zusammengehörigkeit der Ingenieure, Arbeiter und Angestellten in diesem Betrieb. Er schloss mit den Worten: "Ich wünsche, dass es so weiter gehen möge, in Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit!"

Zum Abschluss sprach noch einmal ein Vertreter der Belegschaft. Er erklärte: "Wenn heute der 50.000ste Motor vor uns steht, so erfüllt das die Arbeiter- und Angestelltenschaft dieses Betriebes mit Freude und Stolz. Wir wollen damit unseren Willen zum Wiederaufbau Österreichs kund tun. Hinter diesem Motor steht eine tausendköpfige Belegschaft, die mit pochendem Herzen darauf wartet, ihre Kraft weiter einsetzen zu dürfen, zum Wohle des Landes und seiner Hauptstadt Wien!"

Die internationale Wohnungskrise
=====

Auf dem Kongreß des Internationalen Städtebundes in Genf referierte als Generalberichterstatter der Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz, Nationalrat Dr. Ernst Koref, über das Thema "Die Wohnungskrise und die Gemeinden". Dieser Gegenstand bildete den Mittelpunkt des Interesses der gesamten Tagung, denn es zeigte sich, daß das Wohnungsproblem in fast allen Staaten der Welt zu einem beherrschenden Problem der öffentlichen Verwaltung geworden ist. Die Grundlagen des Referates bildete die Beantwortung eines vom Sekretariat des Internationalen Städtebundes aufgelegten Fragebogens durch die dem Internationalen Städtebund angeschlossenen Landesverbände. Auf Grund dieser Berichte konnte der Berichterstatter ein Wohnungsdefizit in fast allen Staaten feststellen. Dieses ist besonders groß in jenen Staaten, die aktiv am letzten Krieg teilgenommen haben. In Belgien fehlen rund 300.000 Wohnungen, in Kanada 600.000 Wohnungen, in Dänemark beträgt das Wohnungsdefizit 40.000 Wohnungen, in Großbritannien wird es auf 3 bis 4 Millionen geschätzt. In Österreich wird angenommen, daß 250.000 Wohnungen gebraucht werden und in Holland 300.000. Ebenso groß ist der Wohnungsbedarf in der Tschechoslowakei und selbst in den Vereinigten Staaten spricht man von einem Wohnungsmangel von ganz großen Dimensionen. Ein Zwölfjahresprogramm enthält den Plan, 18 Millionen Wohnungseinheiten zu errichten. Über Frankreich und Schweden liegen keine amtlichen Zahlen vor, doch ist bekannt, daß in Frankreich allein durch Kriegshandlungen während des zweiten Weltkrieges 360.000 Gebäude völlig zerstört und 1,320.000 beschädigt worden sind.

Dieses ungeheure Wohnungsdefizit ist nicht allein auf die Zerstörungen durch Kriegseinwirkung zurückzuführen, sondern ebenso sehr auf das durch den Krieg verursachte Baudefizit.

Die Konsequenz dieser Verhältnisse ist im wesentlichen in allen Staaten die gleiche. Der Wohnungsmangel führt zur Wohnungsbewirtschaftung. Das Wohnungsproblem wird naturnotwendig zu einem gesellschaftlichen Problem und damit zu einer öffentlichen Aufgabe. Die öffentlichen Körperschaften beschäftigen sich daher seit langem damit, Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot und

zur Besserung der Lage auf dem Wohnungsmarkte zu treffen. In manchen Ländern beschäftigen sich die staatlichen Behörden, in anderen wieder die Provinzialbehörden und Gemeindeverwaltungen mit dieser Materie. Die Methoden mögen im Detail verschieden sein, die Maßnahmen mögen legislativer oder administrativer Natur sein, in einem aber zeigt sich eine volle Übereinstimmung in allen Ländern, sowohl die legislatorischen wie auch die administrativen Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot können ohne oft sehr tiefgehende Eingriffe in das Privatrecht des Einzelnen nicht auskommen.

Ebenso wie die Notwendigkeit der Bewirtschaftung und Lenkung des vorhandenen Wohnraumes, hat sich auch die Erkenntnis in allen betroffenen Ländern durchgesetzt, daß der Neubau von Wohnungen ohne Mitwirkung der öffentlichen Hand kaum mehr denkbar ist. Fünf-, Zehn- und Zwanzigjahrprogramme, die alle Kombinationen von Bauweisen enthalten, sind die Grundlagen einer planmäßigen Wohnbauförderung durch die Staatsverwaltungen, wobei auch die Erteilung der Baubewilligung als Mittel zur Lenkung dient. Selbst das Mindest- und Höchstausmaß der neu zu erbauenden Wohnungen wird in manchen Staaten vorgeschrieben. Während in Belgien und Dänemark das Höchstausmaß mit 80 bis 110 m² vorgeschrieben wird, zwingt die rasant zunehmende Einwanderung die palästinensische Regierung, das Höchstausmaß einer Wohnung mit 30 m² zu beschränken.

Das größte Interesse des Kongresses wendete sich begreiflicherweise der Frage der Finanzierung der Bautätigkeit zu. Auch hier gehen die Details der Durchführung auseinander, einheitlich aber ist die Tatsache, daß in allen Staaten mit großer Wohnungsnot die Produktion von Wohnungen für die breite Masse nicht ohne Mitwirkung und finanzieller Beitragsleistung durch Staat, Land und Gemeinden erfolgt. Soweit öffentliche Körperschaften selbst bauen, wird zumeist der Bauaufwand als verloren betrachtet und in die Berechnung des Mietzinses nicht aufgenommen. In manchen Staaten haben die öffentlichen Körperschaften für die Förderung der Wohnungsproduktion die Form der Gewährung von Darlehen, von Zinszuschüssen, Mietbeiträgen, Subventionen verschiedener Art oder die Übernahme von Bürgschaften für Kredite gewählt. Es verdient vermerkt zu werden, daß sogar in einem so

wohlhabenden Lande, wie es die Schweiz ist, von 73.000 Neubauwohnungen, die in den letzten sieben Jahren errichtet wurden, nicht weniger als 45.000 Wohnungen mit öffentlicher Unterstützung gebaut wurden.

In allen Staaten, von denen Berichte vorliegen, sind gesetzliche Regelungen getroffen, die eine willkürliche Erhöhung des Mietzinses unterbinden.

Die meisten Städteorganisationsen berichteten, daß die getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungselends ausreichend und zufriedenstellen sind, während einige Staaten, unter denen sich auch Österreich befindet, den gegenwärtigen Zustand als unbefriedigend und ungenügend bezeichnen. Als besonders interessantes Detail verdient erwähnt zu werden, daß man in den Vereinigten Staaten trotz des großen Mangels an Wohnungen annimmt, daß die private Wohnbautätigkeit weiterhin zurückgehen wird. Diese Erscheinung wird hauptsächlich der Tatsache zugeschrieben, daß die Wohnungspreise die Zahlungskraft der Massen bei weitem übersteigen.

Als Konsequenz dieser Feststellung fordert der Internationale Städtebund die Erlassung von Gesetzen, die es den öffentlichen Verwaltungen ermöglichen, der immer noch zunehmenden Verminderung des bestehenden Wohnraumes erfolgreich entgegenzutreten. Durch diese Gesetzgebung müßten die Hausbesitzer verpflichtet werden, ihre Häuser in einwandfreiem Zustande zu erhalten, es müßte amtliche Überprüfungen über den Eignungszustand der Wohnhäuser und ihre hygienischen Einrichtungen ermöglichen und die Anordnung von Reparaturen vorsehen. Das Gesetz müßte ferner die Umwandlung von Wohnräumen in Räume für industrielle, gewerbliche oder administrative Zwecke an eine ausdrückliche Genehmigung der zuständigen Gemeindebehörde (Wohnungsamt) knüpfen und ein Verbot des Haltens von Doppelwohnungen aussprechen. Das Gesetz müßte ferner die Hauseigentümer verpflichten, unbewohnte Wohnungen und Häuser zu melden.

Um eine ausreichende Neuproduktion von Wohnraum zu erzielen, wird die Erstellung von Bauprogrammen und die Regelung der Neubautätigkeit auf weite Sicht verlangt, wobei den Gemeinden ein weitgehendes Selbstbestimmungsrecht einzuräumen wäre. Die Gemeinden werden aufgefordert, überall dort, wo sich die zentralen

Verwaltungskörper mit dem Wohnungsproblem noch nicht oder nicht in genügender Weise beschäftigen, die Initiative zu ergreifen, um auf den Bau von Wohnungen fördernd einzuwirken. Dies soll dadurch geschehen, daß die Gemeinden selbst Wohnungen bauen, die Gründung und die Tätigkeit gemeinnütziger Baugesellschaften und -Genossenschaften fördern und auch der privaten Bautätigkeit anregend und unterstützend zur Seite stehen. Die Regierungen werden aufgefordert, die Durchführung der Bauprogramme durch Gewährung von Krediten, die Übernahme der Haftung für Anleihen oder durch Übernahme der Verzinsung für solche zu ermöglichen, oder sonst gesetzliche Maßnahmen zu treffen, durch die die Neuproduktion von Wohnungen in ausreichendem Maße, in bester Qualität und zu Bedingungen, die für die breite Masse erträglich sind, garantiert wird.

Gesperrt bis 21 Uhr:

"Das Theater ist der Spiegel der Zeit"

=====

Bürgermeister Körner sprach im Volkstheater

Bei der heutigen Festvorstellung anlässlich des sechzigjährigen Bestehens des Volkstheaters hat Bürgermeister Dr.h.c. Körner das Wort ergriffen:

"Heute vor 60 Jahren hat das Volkstheater seine Pforten das erste Mal geöffnet. Der Jubilar ist also 60 Jahre alt. Als Vertreter des Volkes der Stadt habe ich diesem Jubilar zu danken, daß er 60 Jahre die Volkskunst gepflegt, alle die sturmbelegten Jahre des ersten Weltkrieges, des Zerfalles der alten Donau-Monarchie und den zweiten Weltkrieg tapfer überstanden und nach Behebung der Kriegsschäden seine Pforten wieder öffnete und der Kunst weiter dient. Und ich muß ihm weiter Glück für die Zukunft wünschen.

Kaum können die Ältesten unter uns sich die Gründungszeit vorstellen. Wien war die Reichhaupt- und Residenzstadt eines Großstaates. In den zwei Hoftheatern spiegelte sich der Glanz der

Dynastie, eines kunstsinnigen Adels und weniger, sehr reich gewordenen, meist später geadelter Bürger.

In den Vorstädten blühte die primitive Volksbelustigung. Dann bestanden drei Privattheater, das Carl Theater, das Josefstadttheater und Theater an der Wien. Drei Theater waren knapp vorher verbrannt: Das alte Stadttheater, das Theater am Franz Josefs-Kai und das Ringtheater. Der Bau eines neuen Theaters wurde also polizeilich genehmigt. Es entsprach also dem Wachstum der Stadt und dem Verlangen des aufblühenden Bürgertums, ein Theater der Mitte, ein Volkstheater, zu schaffen. Die Bürger waren schließlich das damalige Volk. Ein Theater sollte entstehen, losgelöst vom höfischen Zwang, in dem neben der klassischen Kunst das Volk zu seinen Rechten kam, Trauer- und Schauspiel, Lustspiel, Schwank und Possé gepflegt wurden und nicht zum Mindesten die Satyre, der Spott zu ihren Rechten kam. Es sollte ein Theater für das Volk sein, ein Theater, nicht nur für die Reichen und "eine Pflegestätte deutscher Kunst entstehen, die der Volksbildung zur Zierde gereicht...."

Während bei den Hoftheatern alles ausgeschaltet wurde, was Anlaß zu Bedenken hätte geben können, spiegelten sich alle Kämpfe der Zeit im Volkstheater wieder. Die Beliebtheit, die sich die Bühne im Theaterleben Wiens erworben hat, gründet sich auf ihr Streben, einen würdigen Spielplan zu pflegen, ohne dabei die volkstümliche Note zu vernachlässigen.

Ich muß es mir versagen, die Darsteller zu nennen, die in diesem Hause gewirkt haben: große und kleinere Sterne am Bühnenshimmel, aber sie alle haben ihren Teil dazu beigetragen, daß das Volkstheater ein Boden wurde, auf dem das gedieh, was der gesunde Sinn des Volkes verlangte. Das Volkstheater entwickelte seinen Publikums-kern erst einige Jahrzehnte nach seiner Gründung. Seine ursprünglichen Besucher kamen zunächst nur aus dem Bürgertum und erst später begannen die unteren Schichten des Volkes das Theater zu besuchen, nach Kunst zu streben.

Goethe verleiht dem Gedanken Ausdruck, daß das Theater ein Geschäft ist, das nicht planmäßig betrieben werden kann. Es hängt von der Zeit ab, was der Autor schreibt, was die Schauspieler spielen und was das Publikum hören und sehen will.

Wenn ich am heutigen Tage einem Wunsche Ausdruck verleihen darf, so sei es der, daß in diesem Hause auch weiter der Volks-

dichtung ein möglichst breiter Raum eingeräumt werde, damit es seinem Namen "Volkstheater" gerecht werde. Denn heute ringt ein anderes Volk um Geltung, welchem Umstand das jetzige Theater gerecht werden muß, soll es seinem Titel "Volkstheater" entsprechen.

Jedes Theater nimmt in der Geschichte immer dieselbe Entwicklung wie die politische oder es verdorrt. Es ist der beste Spiegel der Zeit, auf deren Schwingungen es reagiert. Möge das Volkstheater auf seinem Weg in die Zukunft sich weiter von dem hohen Streben leiten lassen, das ihm den Rang eines ersten Kulturinstitutes der Stadt Wien errungen hat!"

Fleischausgabe

=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

In der laufenden Woche (58/1) erhalten alle Verbraucher 100 Gramm Frischfleisch auf den Fleischabschnitt 1 und je 50 Gramm auf die Fleischkleinabschnitte I.

Auf die Fleischkleinabschnitte I der Zusatzkarten werden je 50 Gramm Rindfleischkonserven ausgegeben.